2021/04 Reportage

https://jungle.world/artikel/2021/04/hass-statt-hochsaison

Auf den Kanarischen Inseln hegt die Bevölkerung Ressentiments gegen Flüchtlinge

Hass statt Hochsaison

Reportage Von **Jan Marot**

Mehr als 23 000 Geflüchtete sind vergangenes Jahr auf die Kanaren gekommen. Die Behörden sind mit deren Versorgung überfordert. Während die Inseln unter dem Fehlen der Touristen leiden, schüren Rechtsextreme Hass gegen jene, die die Überfahrt aus Westafrika überlebt haben.

Auf der Kaimauer von Arguineguín, ganz im Süden der Insel Gran Canaria, sitzen drei junge Männer und lauschen stumm der Musik, die aus einem schwer beschädigten Handy tönt. Mahamadou, Famara und Bakari sind zwischen 19 und 23 Jahren alt und kommen aus Mali. Sie sind erst seit wenigen Wochen hier und heilfroh, die Überfahrt überlebt zu haben. Vier beziehungsweise fünf Tage seien sie auf See gewesen, um von ihrer Heimat aus auf die Kanaren zu gelangen. »Wir waren auf engstem Raum auf dem Holzboot zusammengepfercht, konnten uns nicht bewegen und es war fürchterlich kalt«, erzählen sie auf Französisch und Arabisch.

Sie sind glücklich, es in die Europäische Union geschafft zu haben. Und mehr noch, dass sie in einem neuen Hotel ganz in der Nähe untergebracht sind. Das Essen dort sei gut, erzählen sie. Wie es mit ihnen weitergeht, wissen sie freilich nicht. Ihre Hoffnung ist, erst einmal auf das spanische Festland überstellt zu werden. Von dort aus wollen sie ihre Reise fortsetzen, doch Kontakte haben sie keine in Europa. Ihre Priorität ist klar: »Arbeit finden, um Geld an unsere Familien zu schicken.« Dieselben Pläne schildern auch die Migranten aus Mauretanien und Guinea. Die meisten haben noch Familie in ihrem Herkunftsland. Nicht wenige jedoch haben ihre Eltern verloren, als diese selbst in der Vergangenheit die gefährliche Überfahrt versuchten.

Bakari, der jüngste der drei, erzählt, dass er es schon einmal fast geschafft hat. »Vor einem Jahr war ich in Algerien, erst saß ich drei Wochen in der Bergbaustadt Bechar in der Sahara fest und dann in Oran, wo ich auf eine Möglichkeit zur Überfahrt wartete«, sagt er. »Dann nahm mich das Militär fest, und wir Migranten wurden per Bus wieder ganz in den Süden gekarrt und in der Wüste unserem Schicksal überlassen.« Sein Gesichtsausdruck verdüstert sich, als er sagt: »Ich werde es immer wieder versuchen, bis ich es schaffe oder

eben beim Versuch sterbe.«
Am Strand von Arguineguín ist die Anwesenheit der Geflüchteten nicht zu übersehen. Ein Mann aus Mali erfrischt sich in einem zum Atlantik hin offenen Meerwasser-Pool, Freunde - jubeln ihm zu. Ein anderer läuft die Promenade auf und ab und trainiert sein Fußball-Dribbling, allerdings ohne Ball. Am Strand bauen Kinder Sandburgen, ein paar wenige Urlauber lassen sich von der Januarsonne bräunen. Andere genehmigen sich ein Nachmittagsbier zu Tapas in den wenigen Strandbars und Restaurants, die noch geöffnet sind.

So viele wie seit Jahren nicht

Für die meisten Migranten ist das Leben hier alles andere als idyllisch. Mehr als 23 000 Menschen sind seit März 2020 auf den Kanarischen Inseln angekommen. Seit 14 Jahren sind nicht mehr so viele Migranten über die Westatlantikroute in die EU gekommen. Bis August 2019 waren es durchschnittlich zwei Personen pro Tag, Anfang November vorigen Jahres waren es fast 400.

Fast täglich kommen neue Flüchtlingsboote an. Am vergangenen Donnerstag waren es 140 Migranten, darunter einer, der die Fahrt nicht überlebt hatte. Über 1 000 hat die Küstenwache vergangenes Jahr vor dem Ertrinken gerettet. Allein im Hafen von Arguineguín liegen zwei ihrer Schnellboote vor Anker. Die Schätzungen, wie viele ertrinken, variieren.

Offizielle Stellen gehen von mindestens 600 Todesopfern im vorigen Jahr aus. Die NGO Caminando Fronteras/Walking Borders um Helena Maleno (Jungle World 20/2020) zählte mehr als 2 300 Personen, die beim Versuch nach Spanien zu gelangen in Mittelmeer und Atlantik ertranken.

Das afrikanische Festland ist 250 Kilometer von Gran Canaria entfernt. Die Überfahrt dauert je nach Boot und Wetter etwa vier bis fünf Tage, im besten Fall zwei bis drei. Es können aber auch über zehn sein. Ausgangspunkte sind Marokko und die Küste der von Marokko besetzten Westsahara. Junge Marokkaner stellen daher die Mehrheit der Migranten in Arguineguín.

Die marokkanische Regierung erhält mehrstellige Millionen-Beträge von der EU und von Spanien, um Migranten an der Überfahrt zu hindern. Die EU unterstützte Marokko 2019 mit 140 Millionen Euro, 2020 wurden weitere 101,7 Millionen Euro genehmigt. Von Spanien erhält Marokko unter anderem 32,3 Millionen Euro Direkthilfen für die Überwachung der See- und Landgrenzen um die Exklaven Ceuta und Melilla. Viele der morschen Holzboote stechen auch in Mauretanien und Mali in See. Frauen, Mädchen und Kleinkinder sind inzwischen eine kaum wahrnehmbare Minderheit, anders als in den Jahren zuvor, als aus dem Senegal zahllose Boote kamen, die oft Hochschwangere an Bord hatten.

Mehr als 2 000 Menschen mussten im vergangenen Jahr am Kai von Arguineguín unter unmenschlichen Bedingungen Wochen, gar Monate ausharren. Sie mussten auf dem Asphalt schlafen und hatten nicht einmal die Möglichkeit, ihre hygienischen Grundbedürfnisse zu decken. Die Polizei war stets darauf bedacht, die Arbeit von Presse-fotografen wie dem Pulitzerpreisträger Javier Bauluz zu unterbinden. Mehrmals hielt die Polizei Bauluz am Hafen von Arguineguín fest und belegte ihn auf Grundlage des

»Knebelgesetzes« (spanisch: Ley mordaza) mit Geldbußen. Bilder von der »Mole der Schande« gingen trotzdem um die Welt und veranlassten so die Regional- und die Zentralregierung dazu, zu handeln. Inzwischen ist das Hafenareal leer.

Knapp 6 000 Menschen sind seit Ende November in Hotels untergebracht. Exakte Zahlen gibt es jedoch nicht. Davon profitieren die großen Hotelketten, die pro Migrant und Tag bei drei Mahlzeiten 45 Euro von der Madrider Zentralregierung erhalten. Manche, mehrheitlich minderjährige Geflüchtete, sind in Herbergen im Inselinneren untergebracht, fern der Städte und der touristischen Hotspots. Der Rest vegetiert in einem vom Militär errichteten Zeltlager am Barranco Seco am Stadtrand von Las Palmas, der Regionalhauptstadt der Kanarischen Inseln, vor sich hin. Sie müssen auf engstem Raum in Zelten in Doppelbetten nächtigen.

Dieses Lager zu besuchen, gelingt auch mit Presseausweis nicht. Nur bis zum Eingang eines unweit gelegenen extrem baufälligen Gefängnisses aus der Zeit der Franco-Diktatur, das ebenfalls für die Unterbringung Geflüchteter vorgesehen ist, gibt es ein Durchkommen. Dann bellen Wachhunde und ein Wachmann fordert forsch dazu auf, zu gehen. Vor dem Lager parken Kastenwägen der Polizei und ein Reisebus. Es ist ein sogenanntes Ceti (Centro de Estancia Temporal para Inmigrantes), ein temporäres Auffanglager, das mit Geldern der Zentralregierung und der EU renoviert wird – so steht es jedenfalls auf einer Tafel. Medienberichten zufolge sollen hier Geflüchtete mit Covid-19-Infektionen oder vorherigem engem Kontakt zu Infizierten in Quarantäne. Wahrscheinlich ist dies die letzte Station vor der Abschiebung.

Eine Anwältin am Limit

Das weiß auch die Migrationsanwältin Marita Quinzaños Treviño von der Kanzlei Nomad Advising in Las Palmas, die gegen rasche Abschiebungen der Neuangekommenen kämpft. Die Mexikanerin hat früher unter anderem als Freiwillige für das Rote Kreuz und die Comisión Española de Ayuda al Refugiado (CEAR), die spanische Flüchtlingshilfe-Kommission, gearbeitet. »Im Lager Barranco Seco dürfte man Migranten nicht länger als 72 Stunden festhalten, gemäß dem ›Habeas Corpus‹. Das wird nicht respektiert und auf die Einhaltung zu bestehen, ist in der aktuellen Situation nicht möglich.« Auch ihrem Kollegen sei es nicht erlaubt worden, einem dort internierten Klienten Dokumente vorbeizubringen.

Quinzaños Treviño arbeitet im Akkord, in erster Linie für Klienten aus Marokko, aber auch aus Mali. Für Letztere hofft sie auf Asyl. »Immerhin herrscht in Mali Krieg«, sagt sie. Marokkaner erhalten ihr zufolge umgehend einen Abschiebebescheid, woraufhin sie einen ersten (und oft einen zweiten) Widerspruch einlege, wenn möglich mit der Begründung der Familienzusammenführung. Dafür braucht es allerdings eine Geburtsurkunde, die Quinzaños Treviño für ihre Klienten persönlich im Konsulat beantragen muss.

Ihre Arbeit wird ihr nicht leicht gemacht. »Von allen Stellen bekomme ich widersprüchliche Informationen, sei es von der Polizei, dem Roten Kreuz oder den zuständigen Ministerien, etwa für Inneres oder Soziale Inklusion, auch was deren Aufgabenbereiche betrifft«, lamentiert sie. »Es brennt einen regelrecht aus, es ist einfach nur frustrierend. Auch nur ein Passfoto von einem Migranten aus einem der Hotels im Süden zu bekommen, um dessen Pass beim marokkanischen Konsulat zu beantragen, ist fast unmöglich. Auch weil

viele Geflüchtete fern der Küste in Hotels im Hinterland untergebracht sind.«

»Wer aus Marokko, Mauretanien oder Mali ankommt, der hat nicht die geringste Ahnung davon, was ihn hier erwartet«, sagt die Anwältin. »Hier werden sie gezwungen sein, auf der Straße zu leben, ohne Papiere, wenn man sie nicht ohnehin abschiebt. In der Heimat wäre ihnen das nicht passiert.« Sie weiß auch von einem Abschiebeflug von der Nachbarinsel Teneriffa, bei dem man den Geflüchteten sagte, man bringe sie nach Las Palmas – doch das Flugzeug landete in Marokko.

In einem gewöhnlichen Winter beherbergen die spanischen Atlantikinseln bis zu zwölf Millionen Urlauber. Die derzeit 20 000 Migranten aber sind einem Teil der Inselbevölkerung, die in großem Maß vom Tourismus lebt, zu viel. Immer wieder gibt es Demonstrationen gegen die Unterbringung in den ohnehin leerstehenden Hotels und gegen die Regional- und Zentralregierung. Die rechtsextreme Partei Vox forderte gar den Einsatz der Marine, um den Zustrom an Geflüchteten zu bremsen.
Wie die linke Monatszeitschrift La Marea berichtete, rufen Rechtsextreme in Whatsapp-Gruppen dazu auf, organisiert und mit Stöcken bewaffnet auf Gruppen junger Marokkaner in Arguineguín oder Mogán loszugehen. »Wir werden die moros töten«, heißt es dort. Moro ist eine in Spanien bis heute geläufige abwertende Bezeichnung für Menschen aus Nordafrika. Die Polizei ermittelt wegen der Anstiftung zu Hassdelikten.

Hass im Fernsehen
Quinzaños Treviño ist wegen des Hasses auf die Geflüchteten besorgt. »Die Lokalmedien, Fernsehen und Zeitungen schüren diesen mit ihrer Berichterstattung noch zusätzlich«, beklagt sie. Sie will Falschmeldungen widerlegen und erwägt, den regionalen öffentlich-rechtlichen Fernsehsender Televisión Canaria (RTVC) wegen Anstiftung zu Hassdelikten anzuzeigen. »Sie bringen in den Nachrichten nur einseitige Informationen, die Ablehnung erzeugen. Bis hin zu ›Witzen‹ von interviewten Demonstranten, wie ›dass man sich nun eben schwarz anmalen müsse, um Urlaub machen zu können in den Luxushotels Gran Canarias‹.« Rechtsextreme verbreiten das Gerücht, dass die Migranten den halben Weg auf Luxusjachten zurücklegten, um dann erst auf Holzboote umzusteigen. Das schmerze; sie kenne Dutzende Geflüchtete, die ihre Eltern oder andere Verwandte bei der Überfahrt verloren haben. RTVC verbreitete auch die Behauptung, die in Hotels Untergebrachten würden dort die Einrichtung zerstören. Quinzaños Treviño berichtet von Demonstranten, die Transparente mit der Aufschrift hochhielten: »Es ist kein Rassismus, sondern Realismus.« Das sei dasselbe, wie zu sagen: »Ich bin kein Rassist, aber …« Eben dieses »aber« spreche stets Bände, sagt die Anwältin.

Die Auslastung der Hotels liegt derzeit nur bei knapp zehn bis 15 Prozent. Doch auch die 27jährige María, die in Arguineguín im Tourismus arbeitet und abends Kurse für Marketing an der Universität besucht, teilt die weitverbreitete Meinung, »dass die Migranten dem Tourismus den Todesstoß geben«. Mehr noch schimpft sie jedoch über die Habgier der Hotelmanager, »die jetzt mehr verdienen als zuvor«. Denn der Aufwand für die Unterbringung der Migranten sei weit geringer. Man brauche kein Buffet, die Mahlzeiten seien auf das Grundlegende ausgerichtet. Und die Beherbergten reinigten auch selbst die Zimmer. Köche und Reinigungskräfte seien weiterhin in Kurzarbeit oder eben arbeitslos.

Makine aus Casablanca kam vor etwa sechs Wochen hier an. Der 22jährige hat ein klares Ziel: »Ich will zu meinem Cousin nach Bergamo in Italien, dort gibt es Arbeit für mich und ich habe Familie.« Auch Mohammed und Ahmed, beide Mitte 20, stammen aus Casablanca. Sie trinken ein Dosenbier – »Gott verzeiht uns das« – und genießen den Sonnenuntergang an einem Platz hinter der Hafenmole von Arguineguín, fern der Blicke der patrouillierenden Polizei. In marokkanischem Dialekt beschweren sie sich über das schlechte Essen, das das Rote Kreuz bereitstelle, und betonen, nach Deutschland zu wollen.

Bleiben darf fast niemand

Ihr Traum vom besseren Leben wird jedoch wahrscheinlich bald platzen. Seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie holt Marokko gestrandete Bürger zwar nur in Ausnahmefällen und mit »Passierscheinen« von Botschaften und Konsulaten heim. Und die Grenzen sind mindestens bis Ende Januar dicht. Doch Abschiebeflüge dorthin finden offenbar durchaus statt. Vom Flughafen Las Palmas starten täglich Flüge der Royal Air Maroc nach Casablanca und El Aaiún in der Westsahara. Urlauber sind dabei nicht an Bord. Vorerst haben auf den Kanarischen Inseln nur Minderjährige eine Perspektive auf ein Bleiberecht. Derzeit sind es knapp 2 300, die Regionalregierung ist für sie verantwortlich. Mit dem 18. Geburtstag fallen sie jedoch aus dem staatlichen Schutzsystem für »vulnerable Gruppen« heraus. Wenn sie dann nicht abgeschoben werden, müssen sie sich ohne regulären Aufenthaltsstatus auf der Straße durchschlagen.

Einige Migranten wurden auf das Festland, nach Málaga, Granada und Madrid gebracht. Trotz des Versuchs, den Vorgang geheimzuhalten, löste die Ankunft von über 100 Menschen in Granada eine von Rechtsextremen geschürte Welle des Hasses in den sozialen Medien aus. Viele glaubten das Gerücht, jeder Migrant habe 200 Euro und ein Smartphone bekommen.

Gerüchte sind es auch, die die Proteste in Arguineguín anfachen. Von Raubüberfällen durch »Marokkaner-Banden« ist die Rede, von sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen und Diebstählen. Die lokale Polizei bestätigt diese angeblichen Straftaten freilich nicht, doch die Gerüchte schüren die Ängste der Bevölkerung. Auf Twitter kursierten Videos von regelrechten Menschenjagden. Das Rote Kreuz rät den Migranten, die Hotels nicht zu verlassen, wenn wieder eine Demonstration angesetzt ist, auf der ein Einwanderungsstopp gefordert wird.

In einem Park im Hafenstadtteil Alcaravaneras in Las Palmas lebt Noureddine. Er sei Sahraoui, sagt er, aus El Aaiún, 24 Jahre alt und seit sieben Jahren hier. Seit er die Betreuung für Minderjährige nicht mehr erhalte, lebe er auf der Straße. Mit seinem Freund Ali habe er sich eine notdürftige Behausung hinter Büschen gebaut. Arbeit gebe es keine, auch nicht »schwarz«. Er lebe von dem, was ihm einige Anwohner schenken. »Die Bewohner der Kanaren sind sehr rassistisch«, sagt er. Auch in Marokko sei er als Sahraoui aber ein »Mensch zweiter oder dritter Klasse«.

Von den neu angekommenen Migranten sieht man so gut wie keine auf der Straße. Quinzaños Treviño erklärt, warum: »Wer interniert ist, darf sich nicht frei auf der Insel bewegen, weniger noch mit den aktuellen Covid-19-Restriktionen.« Ein großes Problem sei außerdem, dass die auf der Insel üblichen Überlandbusse nur mit Karte bezahlt werden

können. Auch für die Online-Tickets brauche man Daten, die Geflüchtete oftmals nicht haben. Wer versuche, auf eigene Faust von den Inseln wegzukommen, wird spätestens am Flughafen oder Hafen festgehalten und dann abgeschoben. Eine Lösung könne nur mit der EU erzielt werden, ist die Anwältin überzeugt. Doch diese Lösung ist nicht in Sicht.

© Jungle World Verlags GmbH